



## **Dringlicher Antrag**

### **der Grünen-ALG**

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 25. März 2021

von

**GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Andrea Pavlovec-Meixner**

#### **Betrifft: Grazer Wanderwege-Initiative**

Gerade während der Corona-Pandemie streben viele Menschen hinaus in die Natur. Besonders am Stadtrand im Grüngürtel laden zahlreiche Fuß- und Wanderwege zum Spazieren, Wandern und Genießen von Wald und Wiesen ein. Nicht alle dieser Wanderwege sind gekennzeichnet und werden von den Natur- und Wanderorganisationen bzw. der Stadt Graz gepflegt. Viele Wanderwege bestehen seit vielen Jahrzehnten, ohne dass ihnen ein „offizieller Status“ verliehen wurde.

Leider sind aber gerade diese Wege besonders davon bedroht, geschlossen zu werden - bei Bauprojekten, die ja auch im Grüngürtel stattfinden, bei EigentümerInnenwechsel von Grundstücken oder einfach, weil GrundbesitzerInnen sich gestört fühlen. Lange bestehende und von den Grazerinnen und Grazern genutzte Wege werden dann plötzlich abgesperrt, mit Verbotsschildern versehen oder gar durch bauliche Maßnahmen unpassierbar gemacht. Monatlich erreichen uns Meldungen von BürgerInnen, die Wege über viele Jahrzehnte genutzt haben, die nun abgesperrt wurden. Die Zahl der für die Bevölkerung zugänglichen Wanderwege sinkt kontinuierlich. Beispiele finden sich am Stadtrand im Bereich Buchkogel und des Plabutschs, in Gösting, Andritz und Stattegg, auf der Ries, in Mariatrost, zwischen Ruckerlberg und der Ragnitz und in Petersbergen.

Wenn Wege auf privatem Grund, die lange von Menschen zum Wandern benutzt wurden, abgesperrt werden, sollte es der Gemeinde ein Anliegen sein, gegenüber den LiegenschaftsbesitzerInnen das öffentliche Interesse am jeweiligen Weg kundzutun und gegebenenfalls einzuklagen. Dies könnte bis hin zu einer gerichtlichen Feststellung des Wegerechts oder der bescheidmäßigen Ausweisung eines Wanderwegs im öffentlichen Interesse reichen. Gerade der Weg zum Gericht ist jedoch für Einzelpersonen sehr schwierig, kostenintensiv und risikoreich. Die Stadt Graz muss daher auf unbürokratische Weise entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung aufnehmen, Fälle von

Wegabsperungen dokumentieren und überprüfen, die Grazerinnen und Grazer bei diesen Rechtswegen unterstützen und das öffentliche Interesse an Fuß- und Wanderwegen sicherstellen.

Parallel ist auch mit den GrundeigentümerInnen das Gespräch zu suchen und eine Lösung anzustreben. Auch für die LiegenschaftsbesitzerInnen sollte Beratung über ihre Rechte und Möglichkeiten angeboten werden, sodass sie sich gegebenenfalls gegen den Missbrauch ihrer Flächen (Müll, Beschädigungen, unerlaubtes Parken) wehren können. Es sollte aber darüber informiert werden, was sie tun dürfen und was nicht, wie z.B. Absperrungen oder Verbotsschilder auf öffentlich genutzten Wegen.

Ziel muss natürlich sein, ein gutes Miteinander zwischen WanderInnen, LiegenschaftseigentümerInnen und letztlich auch ein verantwortungsvolles Verhalten gegenüber der Natur zu erreichen! Leider läuft das - wie wir in den letzten Monaten in Medien immer wieder lesen konnten - nicht konfliktfrei ab und eine Sensibilisierung mancher Teile der Bevölkerung wäre dringend notwendig.

Im Sinne einer hohen Lebensqualität müssen die Wanderwege in Graz jedenfalls erhalten und für BürgerInnen begehbar bleiben.

Daher stelle ich im Sinne des Motivenberichts namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **Dringlichen Antrag**

- 1.) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zum Erhalt der Grazer Wanderwege und des seit vielen Jahrzehnten durch die Bevölkerung genutzten Wegenetzes.
- 2.) Der Gemeinderat ersucht die zuständige Abteilung in der Bau- und Anlagenbehörde im Sinne des Motivenberichts zu prüfen, welche rechtlichen Optionen der Stadt Graz zur Erhaltung des bestehenden Wegenetzes zur Verfügung stehen und darüber bis zur Juli-Gemeinderatssitzung einen Bericht vorzulegen.
- 3.) Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl möge die Einrichtung einer fachlich kompetenten Ansprechstelle zur Entgegennahme von Meldungen über Wegabsperungen sowie zur Beratung von Betroffenen als auch von LiegenschaftseigentümerInnen prüfen.
- 4.) Weiters wird Bürgermeister Nagl ersucht sicherzustellen, dass sowohl über städtische Medien als auch im Rahmen ihrer Medienkooperationen das Thema eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Natur aufgenommen und so ein Beitrag zur Sensibilisierung der Bevölkerung geleistet wird.